

Rudolf Böhmler
Mitglied des Vorstands
der Deutschen Bundesbank
Staatssekretär a. D.

Finanzkrise – eine weltweite Herausforderung

Vortrag in der Aula der Hochschule für Technik und Wirtschaft
in Aalen
am 19. März 2009

– Es gilt das gesprochene Wort –

Seite 1 von 13

Inhalt

1	Begrüßung	2
2	Finanzkrise: Ende nicht in Sicht	3
3	Realwirtschaftliche Aussichten	8
4	Schluss	12

1 Begrüßung

Sehr geehrter Herr Rektor Prof. Schneider,
Herr Winfried Mack MdL,
Herr Staatssekretär Wabro,
Frau Erste Bürgermeisterin Heim-Wenzler,
Herr Dr. Brucklacher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, heute Abend zu Ihnen sprechen zu dürfen. Für mich ist es schön, den un-
persönlichen Bankentürmen in Frankfurt heute relativ früh entkommen zu sein und jetzt im
heimischen Ostalb-Kreis und in Anwesenheit so vieler vertrauter Gesichter einige Zeit
verbringen zu können.

Ich freue mich zudem, wieder einmal in der Aula der Hochschule Aalen sprechen zu dürfen,
durfte ich doch von 1995 bis 2000 als Amtschef des Stuttgarter Wissenschaftsministeriums
den bemerkenswerten Aufstieg der Hochschule Aalen zur forschungsstärksten Hochschule
Baden-Württembergs begleiten und aktiv fördern.

Kommen wir aber nun zum Geld!

Am 24. Februar 1830 beschäftigte sich das Gemeinnützige Wochenblatt für alle Stände mit
Königlich Württembergischer allergnädigster Genehmigung mit dem Thema Geld.

GELD
Was ist das Beste in der Welt?
Geld
Für Geld ist Ehre, Glück und Heil
Auf Erden und im Himmel feil,
Und wer es hat im Überfluss,
Dem fehlt hienieden kein Genuss.

Von wegen Genuss: Weit gefehlt. Heute sind die Deutschen paranoid, wenn es um ihr Geld geht. Naturkatastrophen, Terror, Pflegefallrisiko – nichts wiegt nach einer Umfrage jüngeren Datums so schwer für die Menschen in Deutschland, wie die Angst vor dem Verfall des Euro.

Deshalb hat auch das Thema Finanzkrise und Wirtschaftskrise derzeit in Deutschland alles im Griff. Das macht sich auch auf den Sachbuch-Bestseller-Listen bemerkbar. Nur eine kurze Auflistung einiger Titel aus der aktuellen Bestseller-Liste, die vom Handelsblatt veröffentlicht wird:

Platz 1: „Crashkurs“

Platz 2: „Der Crash kommt“

Platz 4: „Die neue Weltwirtschaftskrise“

Platz 7: „Der Crash des Kapitalismus“

2 Finanzkrise: Ende nicht in Sicht

Wen wundert es da, dass die Gesellschaft für deutsche Sprache das Wort „Finanzkrise“ zum Wort des Jahres 2008 gewählt hat.

Robert Bosch sagte einmal: „Lieber Geld verlieren als Vertrauen“. Ich fürchte, die Bankenwelt hat bereits beides verloren.

Die Krise dauert fort! Sie hat sich vor allem zu einer lähmenden Vertrauenskrise ausgewachsen und ein Ende ist nicht in Sicht.

Dabei meinten einige bereits im letzten Sommer das berühmte Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Es war leider der Scheinwerfer des entgegenkommenden Zuges. Wir mussten uns also eines Besseren belehren lassen.

Zweiundzwanzig Jahre nach dem Super-Gau in der Ukraine erlebte die Finanzwelt ihr eigenes Tschernobyl. Es gab eine Erhitzung der Brennstäbe. Um einige Namen zu nennen: IKB, Sachsen LB, Northern Rock, Bear Stearns, Merrill Lynch, Fannie Mae und Freddie Mac. Und dann der Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers, mit dem das Weltfinanzsystem einem existenziellen Belastungstest unterzogen wurde.

Angefangen hatten die Turbulenzen bekanntermaßen damit, dass die Ausfallraten auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt drastisch zu steigen begannen. Subprime-Hypotheken, also Immobilienkredite an bonitätsschwache Schuldner hatten innerhalb weniger Jahre enorm an Bedeutung gewonnen. Heute wissen wir, dass amerikanische Banken allein in den Jahren 2005 und 2006 weit über 3.000 Mrd. USD an schlecht besicherten Krediten vergeben hatten.

Dabei erscheint die Vorstellung, nahezu ohne Eigenkapital und mit nur geringer oder überhaupt nicht nachgewiesener Bonität einen Immobilienkredit zu bekommen, nicht nur schwä-

bischen „Häuslebauern“ ziemlich befremdlich. Diese Kredite wurden mit sarkastischem Unterton auch als ninja-loans bezeichnet, wobei ninja für no income, no job, no assets steht.

Ein bedeutender Antrieb für diese Art der Kreditvergabe war unter anderem die Hoffnung auf weiter anhaltende Preissteigerungen auf den Immobilienmärkten. Das hat auch einige Jahre gut funktioniert. In den 20 großen Metropolregionen der USA hatten sich die Hauspreise zwischen 2000 und 2006 mehr als verdoppelt! Selbst bei vollständigem Ausfall des bonitätsschwachen Schuldners – so die Hoffnung – würde der Wert der Immobilie den ausstehenden Kreditbetrag übertreffen, das Kreditrisiko für den Gläubiger also verschwindend gering sein. Eine Hoffnung, die sich als höchst trügerisch erwies. Seit dem Sommer 2006 haben sich die Preise für US-Wohnimmobilien auf einen Sinkflug begeben, der sich bis heute fortsetzt und dessen Ende nicht absehbar ist.

Für sich genommen hätte die Subprime-Malaise eine veritable Krise auf dem US-Immobilienmarkt erklären können. Viele machten es sich aber in Deutschland einfach zu leicht, indem sie die Subprime-Krise als ein inneramerikanisches Problem wegzubeten versuchten. Weit gefehlt.

Dass diese auch in anderen Ländern zu gehörigen Verwerfungen führen konnte, hängt mit der Verbriefung von Kreditrisiken zusammen. Die laxen Kreditvergabe an Schuldner mit geringer Kreditwürdigkeit wurde nämlich auch dadurch befeuert, dass innovative Finanzinstrumente das Weiterreichen des Kreditrisikos weg von der Bank und hin zu renditesuchenden Investoren erlaubten.

Durch Verbriefen und Tranchieren schien es lange Zeit möglich, wackelige Einzelkredite in nahezu ausfallsichere Wertpapiere zu verwandeln. Wunderschöne Blumensträuße wurden kreiert und keiner wollte die Knallfrösche erkennen, die zur Zerstörung der schönen Gebilde führten.

Sie fragen sich: Hat das keiner erkannt? Es waren wenige, die Ihre Stimme erhoben wie der US-Wirtschaftsprofessor Roubini. Der eine oder andere Mahner hat seinen Job verloren, wie wir es von der Schweizer UBS wissen. Es war auch für kritische Stimmen nicht leicht, gegen jahrelang sprudelnde Geldquellen durchzudringen. Weniger freundlich brachte es Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus auf den Punkt: „Der Kapitalismus ist zum Spielkasino verkommen.“

Aber meine Damen und Herren: Die Investoren saßen beileibe nicht nur in den USA. Im Gegenteil: Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, mit dem ich vor einiger Zeit bei einem Essen auf der Insel Mainau saß, erklärte mir mit erkennbarer Schadenfreude: „Die Amerikaner können froh sein, dass die Europäer und insbesondere die Deutschen dumm genug waren, unsere faulen Hypothekengeschäfte aufzukaufen.“

Verkaufsfördernd für die sog. strukturierten Finanzprodukte waren aber vor allem die Bewertungen der großen Rating-Agenturen, die einen Großteil der Wertpapiere mit AAA, also dem Ausweis höchster Ausfallsicherheit versahen – ein Gütesiegel, das sich im Nachhinein oft als krasses Fehlurteil erwies.

Der IWF in Washington schätzt den potenziellen Schaden allein durch amerikanische Kreditpapiere mittlerweile auf über 2 Billionen USD. Eine schwindelerregende Zahl mit 12 Nullen.

Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe weiterer Gründe, die zur Erklärung dieser Krise beitragen. Ich denke zum Beispiel an die Anreiz- und Vergütungsstrukturen, die einem gefährlichen Kurzfristdenken Vorschub leisteten und zur Antriebsfeder für in Einzelfällen unglaubliche Maßlosigkeit wurde.

Ein Beispiel: Merrill Lynch zahlte seinem Ex-CEO O'Neal im Oktober 07 zur Entlassung eine Abfindung von 160 Mio. USD, um damit u. a. die starken Ergebnisse der Vorjahre zu honorieren, die jedoch maßgeblich auf subprime-bezogenem Geschäft beruhten. In der Zwischenzeit musste Merrill Lynch Wertberichtigungen von über 52 Mrd. USD verkraften und verlor im Zuge der Übernahme durch die Bank of America seine Selbstständigkeit. Krasser können Fehlanreize kaum sein.

Alles in allem ist eine ganze Menge schief gelaufen im Finanzsystem. Daraus muss man lernen und daraus – davon bin ich überzeugt – wird man lernen.

Man sollte allerdings nicht zuviel auf die Erinnerungsfähigkeit der Finanzmarktteilnehmer setzen: „Financial disaster is quickly forgotten“ warnte der Harvard-Ökonom Galbraith (†2006) in den 90er Jahren. Umso wichtiger ist es nun, die Regulierung der Finanzmärkte zu verbessern. Die Ansatzpunkte für Verbesserungen sind zahlreich. Einiges wurde bereits in Angriff genommen und umgesetzt. Andere Maßnahmen, wie zum Beispiel die Überarbeitung der Eigenkapitalregeln nach Basel II bedürfen etwas mehr Zeit für die Umsetzung.

Wenn am 2. April in London die Staats- und Regierungschefs der G 20 zusammentreffen werden, werden sie auf umfangreiche Vorarbeiten aus verschiedenen Gremien zum Umbau der Welt-Finanzarchitektur zugreifen können.

Die Fragen der Krisenprävention, so wichtig sie sind, stehen derzeit freilich im Hintergrund gegenüber Fragen des Krisenmanagements.

Mit dem Zusammenbruch von Lehman eskalierte die Finanzkrise im vergangenen September. Weltweit flüchteten Finanzmarktteilnehmer aus dem Risiko und suchten Schutz unter dem Dach sicherster Anlagen. Kollektiv sahen sich die Marktteilnehmer zu einem massiven Abbau ihres Verschuldungsgrades gezwungen. Der Preisverfall riskanter Wertpapiere beschleunigte sich dadurch auf breiter Front.

Es ergab sich gewissermaßen eine Situation wie in einem voll besetzten Kino, wo ein Feuer ausbricht, es aber zu wenig Notausgänge gibt.

So gerieten auch Finanzmarktsegmente in Mitleidenschaft, die zuvor kaum betroffen waren. Die Schwellenländer-Ökonomien sind zum Beispiel von drastischen Kapitalabflüssen betroffen. Lagen die Netto-Kapitalzuflüsse im Rekordjahr 2006 noch über 560 Mrd. USD, rechnet der internationale Bankenverband IIF für dieses Jahr noch mit 165 Mrd. USD – ein Rückgang um 70 %!

In Europa brach z.B. das vollkommen überdimensionierte Finanzsystem von Island zusammen, was den kleinen Staat an den Rand eines Staatsbankrotts brachte. Aber auch einige Länder im Osten Europas sind in erhebliche Schieflagen geraten, was wiederum Länder innerhalb des Euro-Raums in die Bredouille bringt, deren Banken massiv in solchen Ländern engagiert sind. Dies betrifft insbesondere Österreich.

Infolge der Lehman-Insolvenz trocknete zudem der Interbankenmarkt, der zuvor schon permanent angespannt war, nun nahezu völlig aus. Um die lebensnotwendige Liquiditätsversorgung dennoch zu gewährleisten, mussten die Notenbanken ihre Liquiditätsoperationen deutlich ausweiten.

Die Dramatik, mit der die Rettung einzelner Probleminstitute verbunden war, machte indes allen Beteiligten klar, dass innerhalb kurzer Zeit eine systemische Lösung gefunden werden musste, die nicht nur Liquiditäts-, sondern auch Solvenzprobleme ins Auge fasst.

Unter dem Eindruck eines massiven Einbruchs an den Aktienbörsen weltweit wurde im vergangenen Herbst – auch in der Bundesbank – mit Hochdruck an einem Plan zur Stabilisierung des deutschen Finanzsystems gearbeitet. Mit dem rasch verabschiedeten Gesetzespaket ist eine solide Grundlage gegeben, um das deutsche Finanzsystem zu stabilisieren und die Vertrauenskrise an den Finanzmärkten einzudämmen.

Die Schnelligkeit, mit der die Verabschiedung umgesetzt wurde, ist in jedem Falle bemerkenswert. Der Staat bewies große Handlungsfähigkeit. Zu Recht wurde die Arbeit von Frau Merkel und Herrn Steinbrück gelobt.

Im Mittelpunkt steht dabei die Einrichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds. Dieser Fonds, der die Abkürzung SoFFin trägt, wird operativ von der Bundesbank unterstützt.

Zwei Ziele stehen nun im Vordergrund: die Wiederherstellung eines funktionierenden Interbankenmarktes und eine Rekapitalisierung der deutschen Finanzinstitute.

Zur Wiederherstellung eines liquiden Geldmarkts garantiert der Fonds – gegen angemessene Gebühr – neue Refinanzierungsmaßnahmen am Geld- und Kapitalmarkt. Insgesamt stehen dem Fonds für Garantien bis zum 31.12.2009 eine Summe von 400 Mrd. Euro zur Verfügung. Eine unglaublich hohe Summe. Sie stellt gewissermaßen ein Pendant zu der von Bundeskanzlerin Merkel abgegebenen Patronatserklärung zum Schutz der deutschen Sparer dar, indem die Basis für neues Vertrauen im Geldverkehr von Bank zu Bank gelegt wird.

Weitere 80 Mrd. Euro stehen dem Fonds zur Verfügung, um sich an Finanzinstituten zu beteiligen. Damit können Institute mit schwacher Eigenkapitalausstattung rekapitalisiert werden.

Um die Interessen der Steuerzahler zu wahren, wurden diese Maßnahmen jedoch mit strikten Auflagen für die bisherigen Anteilseigner und das Management verbunden. Dabei führte auch ein Stück Populismus die Feder.

Um es aber klar zu sagen: Die Kapitalbeteiligung des Staates an Finanzinstituten sollte indessen nicht als Verstaatlichung des Bankensektors verstanden werden. Der Staat darf sich unter keinen Umständen als der bessere Banker verstehen. Sobald möglich, sollten die staatlichen Beteiligungen an privaten Kreditinstituten auch wieder veräußert werden.

Der Chefredakteur der Wirtschaftswoche Tichy sagte dazu am 9. März den richtigen Satz: „Die Geschichte hat bewiesen, dass der Kapitalismus zu schmerzhaften Krisen, staatliche Lenkung aber in die sichere Armut führt.“

Unter dem Eindruck einer anhaltenden Vertrauensblockade der Banken wurden Anfang des Jahres Forderungen nach Einrichtung einer Bad Bank laut, also einer staatlichen Einrichtung, die den Banken toxische Wertpapiere abkauft. Es hat sich indessen mittlerweile gezeigt, dass es für die Einrichtung eines zentralen staatlichen „Endlagers“ für vergiftete Wertpapiere nur wenig politische Unterstützung gibt. Zu groß wären die damit verbundenen fiskalischen Risiken.

Gerade eines ist bei etwaigen Maßnahmen zur Stabilisierung der Bankbilanzen aber unverzichtbar: dass die bisherigen Eigentümer der Banken, mithin die Risikokapitalgeber, ihrem Namen gerecht werden, indem sie vorrangig an potenziellen Verlusten aus riskanten Geschäften beteiligt werden. Der Steuerzahler ist so gering wie möglich zu belasten. Das heißt, solange noch positives Kapital der Alteigentümer vorhanden ist, sollten Verluste nicht vom Staat getragen werden.

Die staatlichen Maßnahmen zur Bankenrettung lösen in der Bevölkerung mit einer gewissen Berechtigung Unbehagen aus. Sie kennen alle den Satz: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Für mich persönlich steht indessen fest, dass die Eingriffe des Staates zur Rettung angeschlagener Finanzinstitute alternativlos sind. Das Finanzsystem ist für die ganze Volkswirtschaft von so hoher Bedeutung, dass es verantwortungslos wäre, eine weitere Destabilisierung des Systems zu riskieren.

Das Finanzsystem unterscheidet sich aber ganz wesentlich von anderen Bereichen der Wirtschaft. Es wäre daher meines Erachtens falsch, die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe auf andere Branchen, die von der aktuellen Krisensituation ebenfalls betroffen sind, eins zu eins zu übertragen. Mittlerweile wird in der Diskussion um potenzielle Stützungsmaßnahmen für einzelne Unternehmen von den Politikern auch gerne das Wort Systemrelevanz verwendet.

Dass die Diskussion viel zu weit geht, machte jüngst eine Karikatur der Stuttgarter Zeitung deutlich: Der heranwachsende Sohn steht mit einer großen unbeglichenen Handyrechnung vor Vater und Mutter und sagt: „Mami, Papi, da ich ein systemischer Bestandteil dieser Familie bin, solltet ihr mich mit meinen Handy-Schulden NICHT allein lassen!

Ich halte hier jede Ausuferung für gefährlich. Mit Staatshilfen für angeschlagene Unternehmen gehen wir nicht nur die Gefahr ein, die Büchse der Pandora zu öffnen. Der Staat ginge hier auch ein hohes fiskalisches Risiko ein, das zudem mit unabsehbaren ökonomischen Begleiterscheinungen verbunden sein kann.

Um den Unterschied noch einmal ganz plastisch zu machen: Wenn im gegenwärtigen Umfeld eine Bank in die plötzliche Insolvenz gerät, kann dies eine ganze Reihe weiterer Institute mit sich reißen, die von panischen Marktreaktionen betroffen sind. Die Folgen wären unberechenbar.

Bei realwirtschaftlichen Produktionsprozessen sind solche Effekte in aller Regel nicht zu befürchten. Wenn ein Hersteller eines Gebrauchsgutes in die Insolvenz geht, wird die Nachfrage eben von anderen Herstellern des Gebrauchsgutes befriedigt. Mein Optimismus auf die Enthaltbarkeit des Staates ist allerdings nicht ausgeprägt. Wir sind bereits im Wahlkampf.

3 Realwirtschaftliche Aussichten

Wie sieht es aber nun um die Zukunft unserer Realwirtschaft aus?

Die gesamte Weltwirtschaft ist von einem kräftigen Abschwung erfasst worden. Nach Einschätzung der Weltbank wird das Weltsozialprodukt in diesem Jahr schrumpfen. John Lipsky vom IWF prognostizierte gestern mehr als 0,6 % Minus. Auf die entwickelten Volkswirtschaften sieht der IWF die schärfste Rezession seit dem zweiten Weltkrieg zukommen.

Auch in Deutschland kann sich die Realwirtschaft den negativen Begleiterscheinungen der weltweiten Finanzkrise nicht entziehen. Als exportorientierte Wirtschaftsnation, die dazu besonders auf kapitalintensive Investitionsgüter spezialisiert ist, bekommen wir den globalen Nachfrageausfall deutlich zu spüren.

So hat die Außenwirtschaft einen negativen Wachstumsbeitrag von 2,0 Prozentpunkten zum Rückgang des BIP im vierten Quartal geleistet. Die stärksten Einbrüche waren bei Exporten in EU-Länder zu verzeichnen, am stärksten dabei in Länder, die nicht dem Euro-Raum angehören (Osteuropa, UK). In der Financial Times war vor wenigen Tagen sinngemäß zu lesen, Deutschland sei besonders gut darin, Dinge zu produzieren, die derzeit keiner haben möchte.

Aber auch in der Industrie, besonders in der Produktion von Investitionsgütern ist seit Herbst ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen. Die Auslastung der Industrie ist auf den tiefsten Stand seit Ende 1982 abgestürzt. Die Industrieproduktion lag im Januar fast 21 % niedriger als im Januar 2008. Sowohl die inländische, aber vor allem die Auslands-Nachfrage nach Industriegütern brachen im Herbst kräftig ein, so dass auch die Auftragsbücher dünner wurden: Die Auftragseingänge in der Industrie sind im Januar um weitere 8 % gesunken, sie liegen nun 35 % unter dem Vorjahreswert!

Die nochmals weiter eingetrübte Lageeinschätzung hat den ifo-Geschäftsklimaindex für das verarbeitende Gewerbe im Februar wieder geringfügig sinken lassen, nachdem etwas aufgehellte Geschäftserwartungen im Januar für ein leichtes Plus nach langem und steilem Absturz gesorgt hatten. Immerhin hat sich die Erwartungskomponente im Februar erneut leicht erholt – wengleich auf sehr niedrigem Niveau.

Beim Rückgang der Industrieproduktion haben die Produktionsstopps bei den großen Autoherstellern und -zulieferern ein hohes Gewicht. In Folge der verschlechterten Absatzlage hat die Autoindustrie ihre Produktion im zweiten Halbjahr 2008 (saisonbereinigt) um ein Achtel gegenüber der ersten Jahreshälfte reduziert.

Allein dieser Rückgang der Produktionstätigkeit hat die inländische Wertschöpfung in einer saldierten Betrachtung um etwa 22 Mrd. Euro gemindert. Dies allein macht etwa ein Prozentpunkt Minus bei den Jahresraten des BIP aus, wovon ein Gutteil noch zu Beginn dieses Jahres zu verdauen ist – und Sie wissen, dass die Produktionskürzungen fortbestehen – im Februar lag die Kfz-Produktion um fast 45 % unter dem Wert von Februar 2008.

Eine heftig diskutierte Frage ist, inwiefern die Unternehmen unter einer wachsenden Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe leiden. Hier wird ja bisweilen der Eindruck erweckt, deutsche Unternehmen bekämen kaum noch Kredite zugeteilt. Das ist aber falsch.

Richtig ist, das zeigen die von der Bundesbank durchgeführten Umfragen zum Kreditvergabeverhalten, dass die Banken ihre Angebotskonditionen seit Beginn der Finanzmarktunruhen deutlich verschärft haben, übrigens in stärkerem Maße für große als für kleine und mittlere Unternehmen.

Eine allgemeine Kreditverknappung seitens der Banken, eine in der Breite angelegte Kreditklemme, lässt sich aber derzeit nicht feststellen, das bestätigen auch andere Umfragen zu den Kreditkonditionen. Das schließt nicht aus, dass es insbesondere für große Unternehmen oder bestimmte Branchen deutlich schwieriger geworden ist, sich zu finanzieren.

Am Rande: Der Blick auf die Kreditvergabepraxis macht eines deutlich: Vor gar nicht allzu langer Zeit wurde das dreisäulige deutsche Bankensystem (Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken) international und auch teilweise in Deutschland als völlig verstaubt und renovierungsbedürftig eingestuft. In der Krise hat sich just aber dieses System mit Blick auf die guten Entwicklungen der Sparkassen und Genossenschaftsbanken bewährt. Erst gestern durfte Heinrich Haasis trotz einem Rückgang des Jahresüberschusses der 438 Sparkassen verkünden: „2008 war für die Sparkassen ein gutes Jahr.“

Auch der private Konsum erweist sich als relativ stabile Stütze in der gegenwärtigen Abschwungphase. Ob dies so bleibt, wird wohl maßgeblich davon abhängen, wie sich der Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten entwickelt.

Natürlich geht die gegenwärtige Kontraktion nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorüber, die Arbeitslosenzahlen sind ja auch schon wieder am Steigen. Ob es jedoch tatsächlich zu einem drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres kommen wird, hängt davon ab, ob der scharfe Abschwung ein baldiges Ende findet.

Noch besteht die Erwartung, dass die Unternehmen versuchen, ihre Stammebelegschaften, sei es über den verstärkten Einsatz von Kurzarbeit oder die Nutzung von anderen Flexibilitätsinstrumenten, zu halten. Sollte sich jedoch der wirtschaftliche Abschwung über mehrere Monate hinweg fortsetzen, wäre diese Annahme freilich zu revidieren. Nicht umsonst geht das Institut für Weltwirtschaft davon aus, das bis Jahresende 800.000 Menschen in

Deutschland ihre Arbeitsstelle verloren haben werden. Die Bundesagentur geht von einem Anstieg im laufenden Jahr auf 3,7 Mio. aus. Das ist besorgniserregend.

In jedem Falle wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr – da braucht man kein Prophet sein – schrumpfen.

Die Bundesregierung rechnet aktuell mit $-2\frac{1}{4}$ %, der IWF mit $-2\frac{1}{2}$ %. Beides Schätzungen, die angesichts eines offenkundig erneut miserablen Quartalswachstums zu Beginn dieses Jahres bereits wieder als zu optimistisch eingeschätzt werden müssen.

Dabei wäre dies bereits der schärfste Rückgang der Wirtschaftsleistung in der Nachkriegszeit. In einzelnen Ländern hatten wir allerdings schon Einbrüche, die noch deutlicher waren. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie das regionale BIP von Baden-Württemberg 1993 um 4,1 % dramatisch einbrach. Wenngleich sich kaum einer mehr im Saal daran erinnern kann, es ist Tatsache, dass auch damals Daimler-Benz abseits gelegene Parkplätze gesucht hat, um die Überproduktion vorübergehend abzustellen.

Dennoch: Von einer lang andauernden Wirtschaftskrise würde ich nicht sprechen wollen. So gehen viele Konjunkturexperten weiterhin davon aus, dass wir im Augenblick zwar einen scharfen Einbruch erleben, zum Jahresende hin jedoch mit einer Stabilisierung rechnen können, im kommenden Jahr sogar mit einer leichten Wiederbelebung.

In der Tat: Ich hoffe, dass es die Parallele von 1993/1994 gibt. Nach dem bereits erwähnten dramatischen Einbruch von 1993 schien 1994 wieder mit einem deutlichen Plus von 2,7 % in Deutschland die Sonne.

Trotzdem muss man sich besorgt fragen, wo derzeit überhaupt Impulse herkommen sollen, die den Abwärtstrend stoppen und eine langsame Erholung trotz aller sehr wohl bestehenden Abwärtsrisiken erwarten ließen.

Hier ist zum einen der immer noch relativ robuste Arbeitsmarkt zu nennen, der einer Erosion der verfügbaren Einkommen entgegenwirkt. Steigende Reallöhne durch die stark gesunkenen Energie- und Rohstoffpreise und die Maßnahmen der Konjunkturpakete im Laufe des Jahres wirken zugunsten der Kaufkraft der Haushalte.

Mit den gesunkenen Energiepreisen hat der Inflationsdruck auch so markant abgenommen, dass auch der primär dem Ziel der Preisstabilität verpflichtete EZB-Rat seine Geldpolitik deutlich lockern konnte. Weltweit haben Geld- und Fiskalpolitik einen sehr expansiven Kurs eingeschlagen und Rettungsprogramme für die angeschlagene Finanzindustrie aufgelegt. Das sollte im Hinblick auf die weltwirtschaftliche Dynamik nicht ohne Wirkung bleiben. Mittelbar kommt eine Stabilisierung in anderen Ländern natürlich auch Deutschland zugute.

Die Politik in Berlin hat mit dem Maßnahmenpaket zur Stützung der Konjunktur eine notwendige und im Grundsatz richtige Entscheidung getroffen.

Die Bundesbank hat in der Vergangenheit stets auf die Probleme hingewiesen, die mit solchen Konjunkturprogrammen verbunden sind. Die jetzige Situation, die durch einen globalen

Nachfrageausfall gekennzeichnet ist, unterscheidet sich jedoch deutlich von früheren Konjunkturschwächen, deren Ursachen eher von Störungen auf der Angebotsseite abhingen.

In der derzeitigen außergewöhnlichen Situation sind daher (ausnahmsweise) geeignete fiskalische Maßnahmen zur Konjunkturstimulierung angemessen. Mit den beiden Konjunkturpaketen wurden jedenfalls umfangreiche Maßnahmen beschlossen, die 2009 und 2010 einen spürbaren gesamtwirtschaftlichen Impuls entfalten werden.

Man sollte sich gleichwohl darüber im Klaren sein, dass auch derartig umfangreiche Stimuli den Nachfrageausfall beim Export nur teilweise kompensieren können. Gleichwohl helfen sie ungünstigen Zweitrunden- und Ansteckungseffekten entgegenzuwirken.

Angesichts des starken Einbruchs den wir gerade erleben, hätte man sich allerdings eine etwas stärkere Konzentration der Maßnahmen auf das laufende Jahr wünschen können. Das gilt auch deswegen, weil das beschlossene zeitliche Profil dazu beitragen wird, dass das Defizit der öffentlichen Haushalte im kommenden Jahr weiter ansteigen wird, auf dann über 4 % des BIP. Der fiskalische Spielraum ist mit dem zweiten Paket m. E. ausgeschöpft.

In der Zusammenstellung der Maßnahmen gibt es sicherlich Licht und Schatten. Problematisch ist es, wenn der Eindruck erweckt wird, der Staat könne durch spezielle Vergünstigungen strukturelle Probleme einzelner Branchen lösen.

Das mag in Einzelfällen zu gewissen Erfolgen führen, wie die so genannte Umweltprämie von 2.500 Euro, die man beim Kauf eines Neuwagen erhalten kann, wenn man sein (mindestens neun Jahre altes) Auto verschrotten lässt. Insgesamt stehen dafür 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung.

Dennoch kommt diesem Element sehr viel Aufmerksamkeit zu. Das mag daran liegen, dass diese Abwrackprämie zu einer spürbaren Belebung des Automobileinzelhandels geführt hat. Abgesehen davon, dass man im Grundsatz gewisse Zweifel an der Vernichtung von noch funktionsfähigen Fahrzeugen haben kann, ist bei aller Begeisterung über den aktuellen Erfolg der Prämie unklar, ob sie tatsächlich zu zusätzlichen Verkäufen führt oder ob es sich weitgehend um Vorzieheffekte handelt.

An der grundsätzlichen Skepsis gegenüber sektorspezifischen Vergünstigungen hat sich daher auch durch den offensichtlichen „Erfolg“ dieser Prämie nichts Wesentliches geändert. Zugutehalten muss man ihr zweifelsohne die schnelle Wirksamkeit.

Im Grundsatz gilt für ein Konjunkturprogramm, das einen Nachfrageausfall zumindest teilweise kompensieren soll, dass es vor allem kurzfristig expansive Wirkungen haben soll. Steuersenkungen haben auf mittel- bis langfristige Sicht sicherlich nachhaltigere Wirkungen als zusätzliche Staatsausgaben oder Sozialtransfers auf kurze Sicht dürfte es aber eher anders herum sein.

Lassen Sie mich noch einen kurzen Blick auf die USA werfen. Von dort nahm ja bekanntlich das Übel seinen Anfang.

Vor ziemlich genau einem Monat führte ich in Washington Gespräche beim IMF, bei der Federal Reserve Bank und der Weltbank. Darüber hinaus hatte ich bei einigen gesellschaftlichen Veranstaltungen intensiven Kontakt zu Amerikanern.

Mein Eindruck war der, dass auch in den USA immer noch fieberhaft nach den richtigen Konzepten gesucht wird. Erste Konzepte der Bush-Administration sind bereits revidiert worden. Die Obama-Administration versucht nun mit gigantischen Aktionen die Finanz- und Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen.

Allerdings ist der Vorwurf der Amerikaner - ausgesprochen durch den Präsidentenberater Larry Summers - nicht berechtigt, Deutschland würde was die Konjunkturprogramme betrifft, lächerlich wenig tun.

Vergleicht man die Programme, so geben die Amerikaner pro Einwohner 2.000 Euro aus, die Deutschen aber immerhin auch 974 Euro.

Was mir jedoch in den Gesprächen mit den Verantwortlichen und vielen Gesprächspartnern in der amerikanischen Gesellschaft besonders auffiel war, dass der unwiderstehliche amerikanische Optimismus ein großes Stück weit abhanden gekommen zu sein scheint. Für mich völlig neu. Überhaupt scheint mir die Finanz- und Wirtschaftskrise im Bewusstsein der Amerikaner weit mehr angekommen zu sein, als dies bei der deutschen Durchschnittbevölkerung der Fall ist. Immerhin, die Sparquote der Amerikaner, die viele Jahre nahe Null war (Deutschland 11 %) ist rasch gestiegen. Kein Wunder: Allein im Zeitraum von Oktober bis Dezember 2008 schmolz das Nettovermögen der Amerikaner um mehr als 5.000 Mrd. USD.

Aber auch hierzulande wird es noch manch böses Erwachen geben.

4 Schluss

Lassen mich zum Ende kommen.

Die Finanzkrise und der damit einhergehende weltweite wirtschaftliche Abschwung haben erhebliche Wohlstandsverluste mit sich gebracht und einen großen Teil der Wohlstandsgewinne, die auf die globalisierten Finanzmärkte zurückzuführen waren, wieder einkassiert.

Mit entschlossenen, aber auch manchmal wagemutigen Reaktionen der politisch Verantwortlichen rund um den Globus ist es immerhin gelungen, eine drohende Kernschmelze zu verhindern. Wir brauchen nun aber dringend die Wende zum Besseren. Die Gewöhnung an die Krise wäre gefährlich. Aber immer noch fehlt uns weltweit die Vorstellung, wie das Bankensystem nach überwundener Krise aussehen soll.

Es müssen vor allem die Rahmenbedingungen der Finanzmärkte tiefgreifend überarbeitet werden. Die offenen Baustellen sind u. a.: neue Eigenkapitalregelungen, wie man mit strukturierten Wertpapieren umzugehen hat, welche Leistungsanreize (Boni) künftig erlaubt sein sollen, was die Ratingagenturen künftig zu leisten haben usw. usw.

Wenn Anfang April die Staats- und Regierungschefs der G 20 zusammentreffen, werden von ihnen handfeste Ergebnisse und wirksame Entscheidungen im Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise erwartet. Leider war die vorbereitende Konferenz vom vergangenen Wochenende nicht gerade ein Erfolg. Mit der Forderung der USA und Großbritanniens, ein gigantisches, kreditfinanziertes Paket gegen den Zusammenbruch des Welthandels vorzuschlagen, ist es allein nicht getan.

Hoffen wir, dass alle Teilnehmer der internationalen Staatengemeinschaft im Sinne eines gemeinsamen, schnellen und kraftvollen Vorgehens begriffen haben, was die Stunde geschlagen hat. Ein Ruck muss durch die Staatengemeinschaft gehen.

Was können wir nun aus den vergangenen Erfahrungen historisch und für ein neues Ethos für unsere Gesellschaft lernen?

Zum historischen Aspekt: Die letzten Monate waren außerordentlich dramatisch. Vielleicht wird man in einigen Jahren sagen, dass dies die wichtigsten Monate für die Finanz- und Wirtschaftswelt seit der Depression der 30er Jahre waren. Wir sollten uns deshalb den amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt zum Vorbild nehmen. Der in seiner ersten Inaugurationsrede 1933, mitten in der großen Depression, den denkwürdigen Satz äußerte: „Die einzige Sache, die wir zu fürchten haben, ist die Furcht selber. Namenlose unvernünftige Angst, die die nötigen Anstrengungen lähmt, um Rückzug in Vormarsch zu verwandeln.“ Für einen Vormarsch brauchen wir wieder eine solche Aufbruchstimmung.

Im Hinblick auf ein neues Ethos in unserer Gesellschaft sollten wir das beherzigen, was Bundespräsident Köhler uns neulich in Stammbuch geschrieben hat: „ Die Eliten müssen wieder lernen, was Maß und Mitte ist, was Bodenhaftung bedeutet.“ Sollte es zu diesem Prozess kommen, sollten vor allem im Bankenbereich auch Vokabeln wie Demut wieder stärkere Bedeutung bekommen. Vielleicht wächst auch wieder die Überzeugung, dass es unanständig ist, wenn ein Manager das bis zu 1000fache eines Arbeiters verdient, wie es in den USA manchmal der Fall ist.

Wenn wir all das beherzigen, könnten sich aus der Krise auch neue Chancen entwickeln.

Meine Damen und Herren über das mir gestellte Redethema könnte man natürlich Stunden sprechen. Sehen Sie mir bitte nach, dass ich mich auf einige Fragmente konzentriert habe. In der anschließenden Diskussion bin ich natürlich bereit, auf weitere Fragen einzugehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

* * *